

Dokument 23

Sascha Steuer, Bildungspolitischer Sprecher der Berliner CDU im Interview mit schulstruktur.com vom 27. Oktober 2007.



"...EINE SCHÜLERGENERATION IST KEINE KANINCHENPOPULATION!" - "SCHULEN MÜSSEN AUFSTIEGSSCHULEN SEIN"

schulstruktur.com: Sie arbeiten mit Ihrer Fraktion bekanntlich an einem von Ihnen als "Masterplan" bezeichneten Bildungskonzept für Berlin. Warum ist eine Neuausrichtung der CDU-Bildungspolitik erforderlich?

Sascha Steuer: Es geht nicht um eine Neuausrichtung. Wir wollen vielmehr die Zeit zwischen den Wahlen gut nutzen und uns auch Gedanken über Grundlegendes machen und nicht nur alltägliche Bildungspolitik machen, wie SPD und PDS zur Zeit. Die schlechten Rahmenbedingungen des Berliner Schulsystems haben sich über Jahrzehnte hin entwickelt, auf neue Herausforderungen wurde eben oft kurzfristig und selten konzeptionell reagiert. Deshalb schreiben wir nun ein Konzept, das gut durchdacht und integriert ist.

schulstruktur.com: In verschiedenen Bundesländern strebt Ihre Partei eine schrittweise Zusammenlegung von Real- und Haupt- sowie Gesamtschulen zu so genannten Stadtteil- oder Sekundarschulen an. Den Kindern sollen damit neben einem achtjährigen Gymnasium in einem neun Jahre umfassenden Bildungsgang Abschlüsse bis hin zum Abitur ermöglicht werden. Gehen Sie davon aus, dass eine organisatorisch ausgerichtete Strukturreform des Berliner Schulsystems das Leistungsniveau im internationalen Vergleich in der Breite zu erhöhen vermag? Droht nicht dieser neuen Schulform mittelfristig das Schicksal der Hauptschulen?

Sascha Steuer: Zunächst müssen wir feststellen, dass Bundesländer mit einem rein dreigliedrigen oder rein zweigliedrigen Schulsystem in den internationalen Vergleichsstudien weiter vorn liegen als Bundesländer mit einer Vielzahl unterschiedlichster Schulformen. Die Situation in Berlin mit 49% Gymnasiasten und 8,6% Hauptschülern ist historisch begründbar, wissenschaftlich aber nicht. Das Schicksal der Hauptschulen in Berlin ist zunächst, dass es sie kaum noch gibt. Sie wurden durch die Ausbreitung der Gesamtschulen zu einer Schulform auf die kaum ein Schüler freiwillig geht. Nur noch 8,6% der Berliner Schüler sind Hauptschüler, im Süden Deutschlands sind es 35%. Alle Bildungswissenschaftler sind sich einig: Eine Schule die nicht mehr angewählt wird, eine Schule deren Schüler klar einer sozialen Schicht entspringen und deren Eltern überwiegend bildungsfern sind, bildet eine Kultur heraus, die dem Lernen abträglich ist. Gleichzeitig geht die Hälfte aller Schüler aufs Gymnasium, auch als Flucht von den andern Schulformen. Ich will deshalb eine Stärkung der Schulen neben dem Gymnasium. Nur so kann man erreichen, dass auch das Gymnasium wieder gestärkt wird. Wenn ich ein Wahlrecht will, muss ich auch gute Schulen

neben dem Gymnasium anbieten, die Hauptschule ist das aber aus Sicht der allermeisten Eltern nicht.

schulstruktur.com: Trotz der föderalen Zuständigkeiten im Bildungssektor dürften sich die CDU/CSU-Bildungspolitikerinnen und -politiker bundesweit über Spielräume und Notwendigkeiten einer strategischen Neuorientierung austauschen. Wie geht dieser Verständigungsprozess voran und welche etwaigen Zwischenergebnisse gibt es zu vermelden?

Sascha Steuer: Die bildungspolitischen Sprecher aller Bundesländer tauschen sich regelmäßig aus, auch über die Veränderungen. Wir sind uns einig darin, dass im Zentrum der CDU Bildungspolitik die Vielfalt des Bildungsangebots steht. Wir lehnen daher eine Schule, in der nicht auf die unterschiedlichen Fähigkeiten der Schüler eingegangen wird, ab. Die modernen Lernmethoden, aufzunehmen, ohne gleichzeitig die Heterogenität der Lerngruppen auf ein Maximum zu erhöhen, wird die Herausforderung der Zukunft sein. Das unterscheidet uns auch von SPD und Der Linken in Berlin, sie verbieten der künftigen Gemeinschaftsschule, auf die Gymnasiasten, Realschüler und Hauptschüler gehen sollen, jegliche Leistungsdifferenzierungen. Das ist absurd und wird den Schülern nicht helfen!

Jedes Bundesland hat unterschiedliche Gegebenheiten, mit denen man umgehen muss. Das Baden-Württembergische Schulsystem hat hervorragende Ergebnisse, aber ist es deshalb auf Berlin übertragbar? Ohne Gesamtschulen, ohne Elternwahlrecht, mit vier Jahren Grundschule, mit 36% Hauptschülern? Baden-Württemberg mit Berlin zu vergleichen ist interessant, führt aber kaum weiter. Das zeigt: Wir müssen Berliner Antworten finden.

schulstruktur.com: Zwischen den Anmeldezahlen an Hauptschulen in Baden-Württemberg und Berlin liegen sicherlich Welten. Wie weit muss aber nach Ihrer Auffassung in einem Bundesland die durchschnittliche Zuweisungsquote an Hauptschulen abgesunken sein, damit der dieser Schulform zum Teil sogar in den Landesverfassungen garantierte Status zur Disposition gestellt wird?

Sascha Steuer: In Berlin gibt es keine Zuweisungsquoten, sondern ein Elternwahlrecht. Nicht die Politik, sondern die Eltern und Schüler stellen die Zukunft der Hauptschulen in Berlin in Frage, indem kaum mehr jemand freiwillig zur Hauptschule geht. Wenn die Hauptschule zur „Restschule“ wird, wenn sie nicht wegen ihres „Haupt“-Profils gewählt sondern abgewählt wird, ist sie zur Disposition gestellt.

Wenn Sie mir ein kleines Gedankenspiel erlauben: Nehmen wir die Anzahl der Berliner Hauptschüler, addieren sie mit den Realschülern und den Haupt- und Realschülern an den Gesamtschulen, kommen wir etwa auf 41%, also etwas mehr, als Schüler an den süddeutschen Hauptschulen. Oder provokativ gesagt: Eine Berliner Stadtteilschule entspräche in etwa der Bayerischen Hauptschule. Sie sehen: Was gleich heißt, ist deshalb noch lange nicht das Gleiche!

schulstruktur.com: In Berlin will die Regierungskoalition aus SPD und PDS einen Modellversuch zur Gemeinschaftsschule auf den Weg bringen. Sie hatten diesem Vorhaben rasch die "Rote Karte" gezeigt. Weshalb?

Sascha Steuer: SPD und PDS glauben, es reiche aus, einfach alle Schüler nebeneinander zu setzen und Leistungsdifferenzierung auszuschließen. Außerdem sollen die 12 Gemeinschaftsschulen zusätzlich 22 Millionen Euro erhalten, während an den anderen 750 Schulen pausenlos der Unterricht ausfällt. Das Ignorieren unterschiedlicher Begabungen und Fähigkeiten ist falsch. Wir müssen allen Schülern gerecht werden, also jedem ein Angebot machen, Leistungsanreize bieten und Aufstiegsmöglichkeiten schaffen. Die TIMMS-Studie zeigt ganz deutlich, dass institutionelle Rahmenbedingungen so gesetzt werden sollten, dass sich Leistungsbereitschaft lohnt. Wir müssen eben jedem gerecht werden ohne ihn gleichzeitig abzuschieben. Schulen müssen Aufstiegsschulen sein, mit unterschiedlichen Angeboten zwischen denen man jederzeit wechseln kann.

schulstruktur.com: Wenn in dem Modellversuch alle weiterführenden Schulformen neben dem Gymnasium mitmachen, dann könnten doch Erfahrungen gesammelt und Wege erprobt werden, wie sich der Bildungs- und Erziehungsauftrag in dieser neuen Schulform neben dem Gymnasium erfolgreicher verwirklichen lässt. Muss sich das mit Ihren Ansätzen unbedingt "beißen", zumal der Berliner Bildungssenator Zöllner doch bundesweit als eher besonnener und vorausschauender Politiker gilt?

Sascha Steuer: An den Berliner Schülern wurde schon zu viel herumexperimentiert, eine Schülergeneration ist keine Kaninchenpopulation. Wir haben jetzt schon fünf oder sechs Schulformen in Berlin, wir brauchen keine siebte, die das Schulsystem weiter zergliedert und Wechselmöglichkeiten erschwert. Wir brauchen vertikale Vielfalt ohne hohe horizontale Hürden. Das „Alle-sind-gleich-Experiment“ von SPD und Linke kann nicht erfolgreich sein, deshalb ist es überflüssig. Wir brauchen endlich eine gut vorbereitete und integrierte Lösung, kein Herumpfuschen am bestehenden System, deshalb unsere Masterplan-Kommission.

schulstruktur.com: Als Oppositionspartei ist es ihre Aufgabe die Arbeit der Regierung kritisch-konstruktiv zu begleiten. Letztlich wollen Sie vermutlich die bildungspolitischen Geschicke des Landes aus der Regierungsverantwortung steuern können. Die Frage ist nur: Mit wem?

Sascha Steuer: Es gibt in der Bildungspolitik viele Gemeinsamkeiten mit den anderen Oppositionsparteien. Uns eint die Erkenntnis, dass es keine heilsamen staatlichen Einheitsmodelle für alle geben kann. CDU, Grüne und FDP sind für mehr Schulen und mehr Kinderbetreuung in freier Trägerschaft, mehr Verantwortung für die Einzelschule und mehr Wahlmöglichkeiten der Eltern. Vielfalt im Bildungssystem statt Vereinheitlichung lautet der Gegenentwurf zu Rot-Rot.

Das Interview führte Dr. Peter Pahmeyer

©schulstruktur.com (Veröffentlichung und Nachdruck unter Angabe der Quelle erlaubt)